

schen sehen, sondern ihn als ein schädliches Tier betrachten, das es mit allen Mittel zu vertilgen gilt, ähnlich wie tollwütige Hunde oder Ratten“ (S. 387).

K. notiert verschiedentlich auch die Namen der Täter, darunter Gendarmen, von denen einige fließend Polnisch sprachen und polnische Namen führten. Dagegen entsprechen die von K. nur gehörten deutschen Familiennamen nicht ihrer tatsächlichen Schreibung und sind für sich genommen wenig hilfreich. So verbirgt sich hinter dem „Gendarmen Pryczing“, der im Oktober 1942 an der Ermordung von Juden auf dem Jüdischen Friedhof von Szczepreszyn beteiligt war (S. 377), offenbar Gustav Pritsching (1896-1944), der bis 1941 ein wenig auffälliger Gendarmerie-Hauptwachtmeister im mittelhessischen Dorf Imnichenhain gewesen war. Personenrecherchen im Tagebuch sind allerdings umständlich, da die Hrsg. zwar ein Ortsregister bereitstellen, auf ein Personenregister aber verzichtet haben.

Wegen seiner Mitarbeit in der Heimatarmee, die sich gegen die kommunistische Machtübernahme stellte, wurde K. vom polnischen Sicherheitsdienst von 1945 an verfolgt, 1951 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt (und nach einem Jahr entlassen). Das Buch enthält jedoch nicht die Tagebuchaufzeichnungen über die Zeit unter dem neuen, mit Hilfe der Sowjetarmee errichteten Regime. Die Übersetzung ist mitunter etwas ungenau, während Fotos aus dem Nachlass K.s und aus weiteren regionalhistorischen Sammlungen die deutsche Ausgabe bereichern.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

Wolf Gruner: Die Judenverfolgung im Protektorat Böhmen und Mähren. Lokale Initiativen, zentrale Entscheidungen, jüdische Antworten 1939-1945. Wallstein Verlag. Göttingen 2016. 430 S., Ill., Kt. ISBN 978-3-8353-1910-3. (€ 34,90.)

Um das Protektorat Böhmen und Mähren ist es in der deutschsprachigen Forschung in den letzten Jahren eher still gewesen, sieht man einmal von einem einschlägigen Band der Edition *Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden* ab, den Andrea Löw 2012 als Bearbeiterin vorgelegt hat. Mit der hier zu besprechenden Monografie von Wolf Gruner, Professor für Geschichte und Jewish Studies an der University of Southern California in Los Angeles und hervorgetreten mit Studien zur jüdischen Zwangsarbeit oder dem Widerstand in der Berliner Rosenstraße, liegen nun jedoch neue Befunde vor, die die antisemitische Politik sowohl im Protektorat wie auch im Reich in ein neues Licht rücken. Gegen den bisherigen Forschungsstand, wonach die jeweils aktuelle antisemitische Politik und die dazugehörigen Verfolgungsmaßnahmen von Berlin aus auf die besetzten Gebiete übertragen worden seien, argumentiert G., dass es eine eigenständige Verfolgungspolitik im Protektorat gegeben habe. Grundlage dieser These ist seine Untersuchung des Handelns sowohl der Besatzungsbehörden als auch der tschechischen Regierung und ihrer nachgeordneten Instanzen. Im Zentrum seines Interesses steht damit ein „spannungsgeladenes Viereck“ (S. 15), gebildet von der Politik der Reichsregierung in Berlin, den Maßnahmen der deutschen Protektoratsbehörde und der tschechischen Regierung in Prag sowie schließlich den Restriktionen, die auf die verschiedenen regionalen und lokalen tschechischen Instanzen zurückgingen. Im Ergebnis zeigt der Vf. somit eine wechselseitige Dynamisierung der antijüdischen Politik. Gleichzeitig weist er die Vorstellung, dass zentrale Anweisungen dominiert hätten, zurück.

Dieser Befund steht in einem gewissen Spannungsverhältnis dazu, dass der Vf. zugleich auch beschreibt, dass bereits seit Anfang 1941 eine zunehmende Anpassung an das reichsdeutsche Modell der antijüdischen Politik zu verzeichnen gewesen sei, wodurch vor allem die Zentralstelle für jüdische Auswanderung ein stärkeres Gewicht bekommen habe, was sich z. B. in ihrer Rolle bei der Frage der Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung gezeigt habe. Für die späten Jahre ab 1943 arbeitet er zudem heraus, dass nun die deutschen Protektoratsinstanzen verstärkt die Federführung übernahmen, etwa wenn es um Zwangs-

arbeit oder um die Wohnkonzentration derjenigen jüdischen Menschen ging, die in sog. „Mischehe“ lebten.

Diese Einschätzung soll nicht den Befund schmälern, dass gerade das Ausleuchten des Ineinandergreifens der verschiedenen deutschen wie tschechischen Behörden, Ämter und Instanzen einen deutlichen Fortschritt im Hinblick auf das Verständnis der Geschehnisse im Protektorat darstellt. Nachdem lange Jahre die Betrachtung des Involviert-Seins einheimischer Stellen in die Verfolgungsmaßnahmen eher summarisch unter dem Stichwort „Kollaboration“ abgehandelt worden ist, geht G. über die vorhandenen Befunde hinaus und zeigt, wie das Ineinandergreifen von Verfolgungsmaßnahmen den Alltag der im Protektorat lebenden jüdischen Menschen immer stärker einschränkte. Zu den in diesem Zusammenhang anzusprechenden Beispielen gehört u. a. die Schulpolitik. So schloss das tschechische Bildungsministerium jüdische Schüler in tschechischsprachigen Schulen im Sommer 1939 aus (bzw. beschränkte deren Schulbesuch stark); eine Maßnahme, die vor allem jene Kinder betraf, die deutschsprachige Schulen hatten verlassen müssen. Ebenfalls tschechische Wurzeln schreibt der Vf. der Verordnung zur reichsweiten Einführung eines sog. „Judenkennzeichens“ zu. Der Impuls dazu sei laut G. nicht aus Berlin, sondern aus Prag gekommen. Hier war es nicht primär der Reichsprotektor, der sie entwickelt habe. Vielmehr hätten frühe Eingaben tschechischer Faschisten eine solche Verordnung angeregt und eine Diskussion entfacht, die durch die tschechische Regierung aufgegriffen worden sei.

Auch wenn ein älteres Selbstbild, die tschechische Gesellschaft sei frei von Antisemitismus gewesen, als widerlegt gelten muss¹, sind es Beispiele wie die geschilderten, die dazu auffordern, die besonderen Bedingungen unter Besatzung jenseits der demokratischen Traditionen der Tschechoslowakei genauer in den Blick zu nehmen. Schon G.s Studie macht deutlich, dass dabei jenseits der deutschen Entscheidungen verstärkt örtliche Eigenlogiken in den Vordergrund der Aufmerksamkeit rücken werden. Der Vf. zeigt dies etwa, wenn er darlegt, dass die für Juden im Protektorat eingeführte Zwangsarbeit kein Element der Vernichtung darstellte, sondern als eine Reaktion auf ihre erzwungene Arbeitslosigkeit anzusehen ist; eine Logik, wie sie auch für verbündete Staaten bereits gezeigt werden konnte.² Mit Blick auf das Protektorat wünscht man sich daher weitere Studien, die die hier ausgebreiteten Befunde weiter konturieren und dabei stärker noch auf tschechischsprachige Quellen zurückgreifen. Ungeachtet dessen lesen sich G.s Befunde zum Protektorat als Plädoyer, eigenständigen regionalen Verfolgungsentwicklungen im NS-beherrschten Europa stärker noch als bisher Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Wuppertal

Tatjana Tönsmeier

¹ KATHERINA ČAPKOVÁ: Češi, Němci, Židé? Národní identita Židů v Čechách 1918 až 1938 [Tschechen, Deutsche, Juden? Die nationale Identität der Juden in Böhmen und Mähren 1918 bis 1938], 2. Aufl., Praha 2013; DIES., MICHAL FRANKL: Nejisté útočiště. Československo a uprchlíci před nacismem 1933-1938 [Unsicherer Zufluchtsort. Die Tschechoslowakei und die Flüchtlinge vor dem Nazismus 1933-1938], Praha 2008.

² TATJANA TÖNSMEYER: Der Raub des jüdischen Eigentums in Ungarn, Rumänien und der Slowakei, in: CONSTANTIN GOSCHLER, PHILIPP THER (Hrsg.): Raub und Restitution. „Arisierung“ und Rückerstattung des jüdischen Eigentums in Europa, Frankfurt am Main 2003, S. 73-91.

Ewa K. Bacon: Saving Lives in Auschwitz. The Prisoners' Hospital in Buna-Monowitz. Purdue University Press. West Lafayette 2017. XI, 199 S., Ill. ISBN 978-1-55753-779-9 (€ 34,49.)

Ewa K. Bacon, emeritierte Professorin für Europäische Geschichte an der Lewis University in Romeoville/IL schrieb dieses Buch in doppelter Funktion: als professionelle Historikerin und als Tochter eines KZ-Überlebenden. Ihr Vater, Stefan Budziaszek, war